Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 53 (1959)

Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : Jahr der Wende? ; Immer noch Kalter Krieg ; Und die Völker? ; Der feste Grund ; Vom religiösen Sozialismus

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140395

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frankreich und Italien anerkennen längst, daß Gewissensnot ethisch hochstehende Menschen – und das sollten Christen doch sein – dazu führen kann, den Waffendienst zu verweigern, mit der Konsequenz, daß ihnen die Möglichkeit geboten wird, ihrem Land in anderer Weise, oft in schwerer körperlicher Arbeit, zu dienen. In der Schweiz aber wird noch heute von Militärrichtern erklärt: «Militärdienst ist Christenpflicht.» Eine Möglichkeit der Befreiung vom Waffendienst, die der Korreferent Dr. Bieri erwähnte, die sanitarische Ausmusterung, verdient noch zitiert zu werden. In der Praxis der Militärgerichte scheint sie neuerdings öfters zur Anwendung zu kommen, mit katastrophalen Folgen für den Militärdienstverweigerer, der vom Gericht als geistig nicht normal bezeichnet wird. Der Gesamtheit der «geistig nicht normalen» Schweizer Bürger, die den Militärdienst in jeder Form ablehnen, wurde als letzte und einzige Möglichkeit empfohlen, durch eine Verfassungsinitiative eine Änderung der schweizerischen Bundesverfassung in die Wege zu leiten.

Die Diskussion, die auf die beiden Referate folgte, ließ einen glauben, man lebe noch im 19. Jahrhundert. Wie da von Landesverteidigung gesprochen wurde – «mit der Waffe in der Hand» –, hätte man glauben können, die Bomben von Hiroshima und Nagasaki seien nie abgeworfen worden, noch sei das Wissen um die apokalyptische Bedrohung ganzer Kontinente durch Nuklearwaffen und biologischen Krieg bis jetzt in die Schweiz gedrungen. Erst die Voten zweier Pfarrer, mit ihrem Hinweis auf die gänzlich neue Lage, vor die uns die moderne Kriegstechnik stellt, brachte die Zuhörer auf den Boden der Wirklichkeit zurück und damit zur Einsicht, daß es heute nur einen Kampf geben kann, vor dem alle andern Probleme verblassen – den Kampf um den Frieden. *Red.*

WELTRUNDSCHAU

Jahr der Wende! Mehr denn je möchten wir jetzt, wo es dem Jahresschluß zugeht, in die Zukunft der Völkerwelt sehen. Wird 1959 als das Jahr der entscheidenden Wende vom Kalten Krieg zum friedlichen Nebeneinanderleben der westlich-kapitalistischen und der östlich-kommunistischen Staaten in die Geschichte eingehen? Wir wünschen es mit aller Kraft – aber wir sind davon noch keineswegs überzeugt. Wir verzeichnen mit wahrer Erleichterung alle Äußerungen beidseitig guten Willens, ein Wettrüsten einzustellen, das nur zum Ausbruch eines Krieges führen kann, der n i c h t ausbrechen darf, wenn nicht beide Parteien und die Neutralen dazu untergehen sollen. Aber wir können auch die Augen vor den

Gegenkräften nicht verschließen, die den Kalten Krieg fortzusetzen entschlossen sind und die Lüge von der Vorbereitung des Friedens durch Kriegsrüstungen noch immer aufrechterhalten und weiterverbreiten.

Wir glauben den Führern der Sowjetunion, daß es ihnen mit der Abrüstung ernst ist und daß sie mit ihrem Werben für eine friedliche Koexistenz und Konkurrenz der beiden entgegengesetzten Wirtschafts- und Sozialsysteme nicht die westliche Front «aufweichen» wollen, um sie desto leichter zu zerschlagen, sondern einfach eine Last abzuschütteln suchen, die sie schwer niederdrückt und sie am Aufbau ihrer neuen Ordnung aufs stärkste hindert. Und wir glauben es auch Präsident Eisenhower und seinen Beratern, daß sie den Widersinn, ja Irrsinn der «Politik der Stärke» erkannt haben, die der Westen seit Roosevelts Tod gegenüber der Sowjetunion betreibt, und ehrlich nach Wegen suchen, um zu einer echten Abrüstung zu kommen. Es sind überdies nicht nur die engsten Regierungskreise, die in den Vereinigten Staaten auf eine dauernde Entspannung im West-Ost-Verhältnis drängen; auch die öffentliche Meinung (die großenteils von den kapitalistischen Beherrschern der Massenpropagandamittel gemacht wird) ist schon recht weithin für die «neue Politik» eingenommen, die das Staatsdepartement seit dem Tode von Dulles betreibt. Ein Zeichen dafür ist, daß die möglichen Kandidaten sowohl der Republikaner als der Demokraten für die Präsidentschaft – im November 1960 sind die Wahlen fällig – bereits sehr sorgfältig die Koexistenzneigungen der Wählerschaft in ihre Rechnung einstellen. «Plötzlich», so schreibt Robert Spivack in «The Nation» (26. Oktober), «stellt jeder Präsidentschaftskandidat fest, daß das entscheidende Merkmal, nach dem er beurteilt werden wird, seine Fähigkeit ist, sich mit Chruschtschew auseinanderzusetzen, ohne vor den Russen in die Knie zu gehen oder den Kalten Krieg wiederaufleben zu lassen.»

Nicht minder bezeichnend ist, daß ein erheblicher Teil der Geschäftswelt offen für Koexistenz und Abrüstung wirbt, aus ganz materiellen Gründen natürlich, aber eben doch im Gegensatz zu denjenigen Wirtschaftskreisen, die ein Interesse an Kriegsrüstungen und Kommunistenhetze zu haben glauben. Zwei typische Beispiele dafür: «Nation's Business», das Organ der mächtigen Handelskammer der Vereinigten Staaten (etwa unserem Handels- und Industrieverein entsprechend), malte in seiner Oktobernummer die Folgen einer internationalen Entspannung mit geradezu verlockenden Farben aus: «Jede rasche Milderung des Druckes im Kalten Krieg» – so konnte man da lesen – «vermag dem Land einen wirtschaftlichen Aufschwung zu bringen und nicht den Rückschlag, den man uns mit Redensarten wie ‚Friedenspanik' einredet . . . Wir dürfen uns auf eine Erhöhung des zivilen Verbrauchs gefaßt machen, die über die Verminderung der Militärausgaben weit hinausgeht . . ., auf einen gewaltigen Aufschwung der Anlagen von Kapital in neuen Fabriken und Maschinerien, ein höheres

Einkommen für jedermann, eine höhere Lebenshaltung, weniger Steuern, weniger Arbeitslosigkeit.» Und so fort. Ähnlich pazifistisch äußert sich der frühere Präsident des Zentralverbandes der amerikanischen Industriellen, McClellan, Mitte Oktober in einer Ansprache vor dem Rotaryklub von Los Angeles: «Während meiner Lebenszeit haben wir tausend Milliarden Dollar für Kriegführung ausgegeben; wir haben unser Land gerettet, aber anderthalb Millionen Menschen verloren. Nach jedem Krieg wechseln wir unsere Verbündeten, und der Tanz beginnt von neuem. Jetzt stehen wir vor der Möglichkeit eines Ausrottungskrieges. Dieses Problem werden wir aber nicht mehr mit Galons auf unseren Achseln oder mit Haß im Herzen lösen.»

Finanzielle Erwägungen spielen nicht die letzte Rolle bei all diesen Abrüstungsplädoyers, gehören doch Budgetgleichgewicht, niedrige Steuern, Vermeidung unproduktiver Ausgaben und Zurückbindung von Staatseingriffen in die Wirtschaft zu den wichtigsten Glaubensartikeln besonders im Katechismus der jetzt regierenden Republikanischen Partei.

Auf der andern Seite sind aber die Kräfte, die hinter dem Kalten Krieg und der Aufrüstung stehen, vor allem in Amerika, außerordentlich stark (wie hier ja immer wieder gezeigt wurde) und immer noch sehr angriffslustig. Es gibt auch mögliche Präsidentschaftskandidaten – wie den Republikaner Rockefeller und den Demokraten Symington –, die durchaus die alte «Politik der Stärke» befürworten. Dazu kommen selbstverständlich die Rüstungsinteressenten selber, die Armeekreise, der Atomkraftausschuß mit seinen industriellen Hintermännern, der ganze Apparat der Wehrmachtspropaganda, der nicht weniger als 3000 Spezialisten der Werbetechnik beschäftigt, und nicht zuletzt die etwa 700 ehemaligen Generäle, Obersten, Admirale usw., die jetzt im Dienste der Rüstungsindustrie stehen und dank ihren Verbindungen mit Regierung und Wehrmacht Milliardenaufträge für ihre «Brotgeber» hereinholen, so daß gegenwärtig rund zehn Prozent des Rohertrags der Wirtschaft (46 Milliarden Dollar im laufenden Budgetjahr) an die «Landesverteidigung» gehen. Vielleicht am bedenklichsten ist bei alldem, wie Claude Bourdet auf Grund einer jüngsten Amerikareise im «France-Observateur» (26. November) auseinandersetzt, die weitverbreitete Angst, daß bei einer Umstellung auf reine Friedensproduktion die ganze Wirtschaft der Vereinigten Staaten aus den Fugen gehen werde, wenn dafür nicht ein gut vorbereiteter, durchführbarer Gesamtplan bestehe, von dem aber bisher noch so gut wie nichts zu bemerken ist. Diese Angst beherrscht nicht nur unzählige mittlere und kleine Unternehmer, die der großen Rüstungsindustrie Hilfsdienste leisten, sondern namentlich auch die Arbeitermassen, die um ihren «Job» bangen; kein Wunder, daß die amerikanischen Gewerkschaften überwiegend zu den heftigsten Gegnern jeder Verständigung mit den kommunistischen Staaten gehören und oft «päpstlicher

sind als der Papst», das heißt als das Unternehmertum selber. (Ist es in Europa, auch in der Schweiz, bei den in Frage kommenden Arbeitern und ihren Sprechern etwa anders? . . .)

Immer noch Kalter Krieg In der außeramerikanischen Welt geht inzwischen der Kalte Krieg ebenfalls weiter. Die Vorstellung, daß die Sowjetunion nur durch stärkste Gegenrüstungen von einem Angriff auf die «freie Welt» abgehalten werden könne, wird bei den Völkern planmäßig aufrechterhalten und perfid ausgenützt, natürlich auch in der Schweiz. «Das ganze Geschwätz von Friede und Koexistenz», so konnte man zum Beispiel letzthin (Nr. 3399) in der «Neuen Zürcher Zeitung» lesen, «dient nur der Einschläferung des Westens . . . Eines muß jedem klar sein: Im Osten braut sich etwas Unheimliches zusammen. Wird es zu uns kommen? Das ist nicht vorauszusagen. Aber sicher und unumstößlich steht die Tatsache, daß wir bereit und wachsam sein müssen.» Auch der Präsident der zürcherischen Kirchensynode glaubte in diesem Sinn vor «Koexistenzillusionen» warnen zu müssen, die «dem Westen drohen». Und erst recht die sogenannte Moralische Aufrüstung hat mit ihrem an anderer Stelle dieses Heftes gewürdigten Massenflugblatt wieder einen eigentlichen Kreuzzug gegen den Kommunismus zu eröffnen gesucht. Das politische Klima Westeuropas ist so bisher kaum wesentlich anders geworden, als es seit Beginn des Kalten Krieges war. UNO und NATO werden nach wie vor in den Dienst des «bereiten» und «wachsamen» Antikommunismus gestellt. Darum die neue Mobilisation der Vereinten Nationen gegen Ungarn (zu einer Verurteilung Frankreichs wegen seiner algerischen Kolossalverbrechen langt es dort noch immer nicht). Darum auch die Klage Spaaks, des Generalsekretärs der NATO: «Während wir vom Kalten Krieg zur friedlichen Konkurrenz übergehen, wächst die Bedrohung durch den Kommunismus. Das NATO-Bündnis . . . läuft nun Gefahr, in einer Periode der friedlichen Koexistenz zusammenzubrechen.» Und darum das «Geständnis» des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Mitteleuropa, des Generals Jean Valley, an einer Pressekonferenz in Fontainebleau, das NATO-Kommando könne «die Tatsache nicht mehr verbergen, daß wir unsere Mission nicht durchführen können», wenn «die moralische Entspannung einiger Mitglieder der NATO» andaure und nicht der sowjetischen Drohung endlich ausreichende militärische Kräfte des Westens entgegengestellt werden.

Zum gleichen Schluß kommt Generalmajor a. D. Max Johnson, den die Neuyorker Wochenschrift «US News and World Report» eigens für zwei Monate nach Europa geschickt hatte. «Es kostet verhältnismäßig viel», so schreibt er (16. November), «die NATO-Streitkräfte so stark zu machen, daß sie ihre Aufgabe erfüllen können. Aber trotz den höchsten Anstrengungen tüchtiger, gewissenhafter amerikanischer Militärführer in Europa haben wir sonst keine andere Wahl,

als die alliierte Verteidigung Europas auf einem Stand zu belassen, der einfach nicht ausreicht, um einen konventionellen wie auch einen atomaren Angriff Rußlands abzuwehren. So wie die Dinge stehen, kann ein Angriff in Europa nur aufgehalten werden, wenn wir den allgemeinen Atomkrieg erklären – also gerade das tun, was mit der Schaffung der NATO vermieden werden sollte.» Solche Wahngebilde entspringen noch immer den Militärgehirnen, deren «Logik» durch keine Ahnung von der strategischen Lage erschüttert ist, die entstehen müßte, wenn wirklich der allgemeine Atomkrieg entfesselt würde! Es gibt dann ja überhaupt keine «strategische Lage» mehr, sondern nur noch totale Massenvernichtung und radioaktive Verseuchung auf beiden Seiten. Aber das merken die über ihren Militärkarten brütenden Herren nicht einmal von ferne. Nur so ist es auch zu erklären, daß unsere schweizerischen Armeeführer immerzu von einer «Atomlücke» reden, die in der Westfront klaffen würde, wenn nicht auch die Schweiz Kernwaffen bereitstellte. Da gehörte nun wirklich eine ganz gründliche «Gehirnwäsche» her – um so gründlicher, je höher der an schwerster Déformation professionnelle leidende Rüstungsgläubige steht!

Nun sollen freilich die Abrüstungsverhandlungen erneut aufgenommen werden, und gleichzeitig gehen die Vorbereitungen für die Gipfelkonferenz fort, die im Laufe des nächsten Jahres in Genf stattfinden soll. Aber auch die Verschleppungs- und Sabotagebemühungen gehen weiter. Herr Adenauer hat zwar bei seinem Besuch in London offenbar nicht viel erreicht, obwohl die britische Regierung ihre mindestens moralisch sehr beträchtliche Macht lange nicht in dem Maße zugunsten der west-östlichen Entspannung in die Waagschale wirft, wie sie das könnte und sollte. Dafür setzt der westdeutsche Bundeskanzler um so größere Hoffnungen auf de Gaulle und dessen romantisch eingekleidete Machtpolitik. Allein es bleibt trotz allem «innigen Einverständnis» zwischen Bonn und Paris dennoch fraglich, ob Frankreich an der Seite Westdeutschlands durchhält, wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien mit der Sowjetunion zusammen über den Kalten Krieg wirklich hinauskommen wollen. Was von Paris aus in der letzten Zeit über die Berliner Frage und die Oder-Neiße-Grenze verlautete, hat jedenfalls das westdeutsche Mißtrauen erneut geweckt und läßt nur zu deutlich erkennen, daß de Gaulle dem Traum von einer Wiederaufrichtung der germanischen Großmachtherrlichkeit die nüchterne Wirklichkeit entgegenzusetzen bereit ist, sobald er nur das Algerienproblem halbwegs hinter sich gebracht hat und mit Chruschtschew in persönlicher Aussprache zu einer Verständigung gelangt ist. Der sowjetische Ministerpräsident scheint zwar neuerdings wieder auf allerlei Widerstände gegen seine Entspannungspolitik bei der alten stalinistischen Garde zu stoßen, die so wenig abgerüstet hat wie die amerikanische Scharfmacherpartei, zumal sie bei den Führern der Chinesischen Volksrepublik kräftige Unterstützung findet. Aber der Kurs Chruschtschews entspricht doch so sehr den Notwendigkeiten

des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und dem mächtigen Friedensverlangen der Sowjetvölker, daß ein Herumwerfen des Steuers der russischen Außenpolitik in Richtung Kalter Krieg nicht denkbar ist, es sei denn, im Westen breche zuvor die alte Politik der gewaltsamen Zurückwerfung der Sowjetunion auf ihre «natürlichen» Grenzen und der Zerschlagung des ganzen kommunistischen Regimes wieder durch. Die Feindseligkeit der Vereinigten Staaten gegen China und ihre auf Japan, Formosa, Südkorea, Thailand, Südvietnam usw. gestützte antikommunistische Ostasienpolitik bleibt zwar immer eine schwere Belastung aller Koexistenzbemühungen. Und Peking hilft ja mit seiner Herausforderung Indiens und neuerdings Indonesiens (das die zahlreichen chinesischen Kleinhändler in seinen ländlichen Gebieten entweder einbürgern oder zur Aufgabe ihres Berufes zwingen will, aber sich dabei amtlichen Widerstandes von chinesischer Seite zu erwehren hat) selber noch Wasser auf die amerikanische Mühle leiten. Aber ohne die gänzliche Liquidation der Reste des westlichen Kolonialismus und Imperialismus geht es nun eben einfach nicht. Solange es reiche und arme, ausgebeutete und ausbeutende, fortgeschrittene und zurückgebliebene Völker gibt, wird kein Frieden, kein haltbares Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Staaten in der Welt sein. Das gilt von Ost- und Südostasien; es gilt aber ebenso von Vorderasien, wo die Konkurrenz zwischen Nasser und Kassem, dem irakischen Diktator, um die Führung der arabischen Einheitsbewegung das viel größere Problem der Befreiung aller Völker des Orients vom einheimischen Feudalismus und ausländischen Kapitalismus allzusehr verdeckt. Und es gilt erst recht von Afrika, vom braunen wie vom schwarzen, das den weißen Völkern keine Ruhe lassen wird, bis es sein volles Menschenrecht erkämpft hat, aber nicht weniger von Lateinamerika, das schon seit anderthalb Jahrhunderten von europäischer Fremdherrschaft frei geworden, dafür jedoch weithin unter die Herrschaft des nordamerikanischen Kapitalismus geraten ist, der es, im Bunde mit dem einheimischen Industriekapital und Großgrundbesitz, als Rohstoff- und Geldanlagekolonie nach Noten ausbeutet.

Und die Völker? Damit dem Kapitalismus und Kolonialismus ein Ende gesetzt werde, bedarf es freilich eines immer stärker werdenden Druckes von unten auf die herrschenden Klassen, ja einer eigentlichen Revolution, die nicht notwendig gewaltsam sein muß. Wo aber, so fragen wir immer wieder, entwickelt sich ein solcher Aufstand der irregeführten, den Interessen der Geldmächte dienstbar gewordenen Völker? In Amerika sicher nicht. Es müßte schon eine tiefe Wirtschaftskrise kommen, damit, wie in den dreißiger Jahren, so etwas wie eine Radikalisierung der Arbeiterbewegung erfolgte. Vielleicht, daß die fortschreitende Automatisierung, die unter dem Kapitalismus für die Arbeiter verhängnisvoll zu werden droht, eine ähnliche Wirkung ausüben wird; die Stahlindustrie zum Beispiel,

der ja vom Staat aus ein Waffenstillstand diktiert worden ist, produziert jetzt um 30 Prozent mehr als 1933, und zwar mit 41 000 Arbeitern weniger. Aber vorerst merkt man noch nicht viel davon, daß die Gewerkschaften der USA antikapitalistisch zu werden begännen; bei ihnen ist immer noch der Antikommunismus Trumpf.

Auch in Westeuropa bleibt im ganzen genommen die sozialistische Bewegung gelähmt und benebelt. Wohl hält die Sozialistische Partei Italiens ihren Linkskurs im ganzen fest (ohne bedeutende Stoßkraft und rechte Zielklarheit allerdings), und in Frankreich bildet sich allmählich eine neue Linke heraus, die dem Verrat der Sozialdemokratie einen sauberen Sozialismus entgegensetzt. Aber weder in den sozialdemokratischen Parteien des Festlandes noch in der britischen Labourpartei ist wirklich sozialistische und internationalistische Initiative zu spüren – am ehesten noch in der Labourlinken, die am jüngsten Parteitag in Blackpool wenigstens die von der Rechten gewünschte Abkehr vom Grundsatz der Gemeinwirtschaft kräftig zurückgewiesen hat. Aber darüber hinaus hat es nur zu einem Waffenstillstand mit der Mittelgruppe um den Parteichef Gaitskell gelangt, dessen Stellung ziemlich kritisch geworden ist. Wenn die Labourlinke früher oder später gleichwohl obenauf kommen sollte, so wird man daran kaum größere Hoffnungen knüpfen dürfen, solange ihr Führer Bevan die Atombombenrüstung Englands verteidigt und nicht energisch von allem amerikanischen Scharfmachertum abrückt. Ein ernstzunehmender Kampf für eine sozialistische Neuordnung Westeuropas bei gleichzeitiger Bindung an das hochkapitalistische Amerika ist ein vollendeter Widersinn.

Inzwischen scheint sich wenigstens bei den westeuropäischen Kommunisten eine Wendung zum Besseren anzubahnen. Ein Zeichen dafür ist die Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, die Ende November in Rom stattgefunden hat – ohne eine Vertretung der kommunistischen Parteien der Sowjetunion und der Volksrepubliken. Das ist wirklich ein Ereignis! Nicht daß darin eine Auflehnung gegen Moskau gesehen werden müßte; schon am berühmten 20. Parteitag der sowjetischen KP war im Grund der Führungsanspruch der Moskauer Zentrale aufgegeben worden, und in der Kundgebung der Kommunistischen Internationale vom November 1957 wie dann am 21. sowjetischen Parteitag im vergangenen Februar (hier aus dem Munde Chruschtschews selber) wurde unmißverständlich erklärt, daß jedes Land seinen eigenen Weg zum Sozialismus finden müsse, ohne Diktat eineer «Führungspartei». Aber diese neue Linie war eben seither innerhalb der kommunistischen Parteien Westeuropas (und der Volksrepubliken!) heftig umstritten, wobei die Kommunisten Italiens, unter Togliatti, die führende Rolle im Lager der «Revisionisten» spielten.

Togliatti hat sich nun offenbar wie in seiner eigenen Partei, so auch gegenüber den «Stalinisten» in den andern kommunistischen

Parteien Westeuropas (besonders Frankreichs) durchgesetzt. Der Aufruf, der von der römischen Konferenz «an alle Werktätigen und Demokraten» erlassen wurde, atmet tatsächlich einen neuen, ungewohnten Geist. Er hält sich weitgehend frei von dem üblichen kommunistischen Jargon, von jener dogmatischen Unduldsamkeit und Maßlosigkeit, die ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten immer so schwer macht, und befleißigt sich einer Nüchternheit und Wirklichkeitsnähe in den Zielsetzungen, die durchaus die Möglichkeit einer Sammlung aller Linkskräfte im Kampf für Frieden, Demokratie und soziale Grundreformen eröffnet, sofern auch auf nichtkommunistischer Seite Vorurteile, Rechthaberei und Sturheit aufgegeben werden. Das Manifest von Rom wendet sich darum nicht nur an Sozialisten und Sozialdemokraten, sondern auch an die Gewerkschafter und Genossenschafter, ja ausdrücklich auch «an die christlichen (das heißt katholischen) Arbeiter und ihre Organisationen, die dem menschlichen Dasein bessere Bedingungen schaffen wollen» – ein Fortschritt, der unbedingt gewürdigt werden muß.

Ich sehe nicht ein, warum auf der hier umrissenen Grundlage nicht eine gemeinsame Aktion der westeuropäischen Linkskräfte möglich sein sollte, ohne daß man vor einem heimtückischen Propaganda- und Beherrschungsmanöver der Kommunisten Angst zu haben brauchte. Machen wir doch nicht den gleichen verhängnisvollen Fehler, den der Westen so lange gemacht hat, indem er unbesehen alles, was aus dem kommunistischen Lager (schon vor dem Zweiten Weltkrieg!) an Vorschlägen für einen gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Krieg kam, als Täuschungs- und Schwächungsversuch unter den Tisch wischte! Die Stunde ist wahrlich zu ernst für solches Tun!

Der feste Grund Bei all unseren Auseinandersetzungen über die Erfolgsmöglichkeiten der Friedenskräfte wollen wir aber immer daran denken, daß in der Welt, wie sie heute ist, das Normale nicht der Frieden ist, sondern der Krieg. Wir werden zwar mit Recht ungeduldig, wenn wir hören, daß der wahre Friede nur in unseren Herzen zu finden sei und von Gott geschenkt werden müsse, daß alles menschliche Friedenmachen vergeblich sei und erst mit dem Anbruch des Tausendjährigen Reiches auch die Weihnachtsbotschaft zur Wirklichkeit werden könne. Das ist frommer Unglaube, der immer noch die Herrschaft Gottes als «mit äußeren Gebärden» in einer nebelhaften, möglichst weit entfernten Zukunft kommend sieht. In Wirklichkeit sind Durchbrüche und Siege der Kräfte des Gottesreiches schon hier und jetzt möglich und dürfen und müssen schon «mitten unter uns» erwartet werden. Auch der Sieg der Friedenskräfte über die Kriegs- und Todesmächte! Aber eben – nur wenn in ihnen Gott wirkt und wir ihn in unserem Kampf um den Frieden wirken l a s s e n. Und die tiefere Ursache dafür, daß aus den Ordnungen unserer Welt immer wieder Kräfte hervorzubrechen drohen, die alle fried-

liche «Koexistenz» der Völker, alle Abrüstung und alle großzügige Hilfe der reichen, materiell fortgeschrittenen Länder an die armen, unterentwickelten zunichte machen wollen, liegt ja darin, daß diese Ordnungen grundsätzlich Gottes Wirklichkeit leugnen und «andere Götter» anbeten, die einen mehr, die andern weniger, aber alle im gleichen Ungeist. Unsere Atombombenkultur ist nur die bisher letzte Folgerung einer Lebensauffassung, die sich von den geistigen und sittlichen Wahrheiten immer weiter entfernt und die Menschheit nun unmittelbar an den Rand der Selbstvernichtung herangeführt hat. Was noch an echten Lebenskräften in unserer Welt übriggeblieben ist, auch in der Friedens- und Abrüstungsbewegung, das stammt – ihr oft nur dunkel oder gar nicht mehr bewußt – aus der Verbindung mit Gott und seiner Herrschaft und wird sich nur in dem Maße durchsetzen, als diese Verbindung wieder ganz eng und unauflösbar wird. Der moderne Mensch, so sagt Fr. W. Förster, hat oft keine Ahnung davon, «in welchem Maße alle seine moralischen und politischen Errungenschaften, sein gefeiertes Menschenrecht, seine politische Freiheit, seine Frauenbefreiung, ja sogar seine Verherrlichung der Wahrheit und der Wahrheitsforschung ihre letzte Grundlage im Alten und Neuen Testamente haben und ganz anderen Rücksichten weichen würden, wenn die Autorität der religiösen Tradition und die Nachwirkung ihrer Heilungen nicht noch verhinderte, daß die Konsequenzen aus der modernen Weltanschauung restlos gezogen werden». Diese Konsequenzen kämen erst allmählich, im Laufe vieler Generationen, ganz zum Vorschein, aber w e n n sie erst einmal klar geworden seien, dann könnten und sollten sie uns veranlassen, «ein ehrliches Inventar unseres geistigen Besitzstandes und der ganzen Erbmasse, die dahinter steht, zusammenzustellen», damit wir «aufhören, uns über die ganze Größe dessen zu belügen, was wir verloren haben und was durch keinen wurzellosen Idealismus, keinen Marxismus und keine, ‚morale laïque' ersetzt werden kann».

Es wäre in der Tat eine arge Selbsttäuschung, wollte man annehmen, die Welt der Gewalt und des Krieges, ihr Militarismus und Nationalismus, ihr Kapitalismus und Imperialismus mit ihrem unheimlichen, immer explosionsbereiten Rüstungsapparat und die ganze hinter ihr stehende materialistisch-egoistische Gesinnung und gottferne Lebensart könne durch Gipfelkonferenzen und Kommissionsverhandlungen gestürzt oder auch nur erschüttert werden. Was jetzt an Koexistenz- und Entspannungsbemühungen auftritt, ist bisher nur Oberflächenbewegung, von der die tieferen Schichten des Bewußtseins der Menschheit und damit auch ihre Einrichtungen und Verhaltensweisen, vor allem der ganze Rüstungsbetrieb und das bürgerlich-konservative Beharrungsvermögen, noch fast unberührt sind. Es muß schon eine mächtige, im besten Sinn revolutionäre Grundwelle aus den Völkern heraus aufsteigen, es müssen Militärwesen und Kapitalismus nicht wiedergutzumachende Niederlagee erleiden und ihre

Träger und Gläubigen ihre ganze Selbstsicherheit und Anmaßung verlieren, wenn die Welt ohne Krieg zur Wirklichlichkeit werden soll. Es mag zwar sein – und wir wollen es hoffen –, daß ein Aufstand der Völker gegen die ihnen drohende Vernichtung im Atomkrieg das Schlimmste verhüten wird; aber mit der Angst vor der H-Bombe allein läßt sich noch lange kein Frieden schaffen, höchstens ein Anfang ernsthafter Abrüstung machen, von dem aus dann weitergebaut werden müßte – auf dem festen Grund einer gläubigen Gewißheit der Macht, von der, durch die und zu der hin alle Dinge sind. Wo aber sehen wir in der Völkerwelt ein solches Bauen auf den Felsen? Gleicht unsere Friedensarbeit nicht vielmehr dem Bauen auf sandigen Boden, der vom ersten besten Unwetter weggeschwemmt zu werden droht?

Vom religiösen Sozialismus Wir fragen das gleiche auch im Blick auf den sozialistischen Neuaufbau der Welt, der ja mit der Friedenssicherung so eng zusammenhängt. Auch hier haben wir das zuletzt allein tragfähige Fundament vergessen. Davon war schon in der letzten Weltrundschau aus Anlaß der englischen und der schweizerischen Wahlen die Rede; in dieser Jahresschlußbetrachtung sei aber der Gegenstand doch noch einmal aufgenommen und weitergeführt.

Ich habe dieser Tage wieder einen Aufsatz von Leonhard Ragaz gelesen, der kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, also vor mehr als 45 Jahren, geschrieben wurde, aber auf unsere heutige Lage noch mehr zutrifft als auf die damalige. Denn inzwischen ist die Abkehr des Sozialismus von seinen tiefsten Grundlagen und Kraftquellen noch viel eindeutiger und – möchte ich sagen – ehrfurchtsloser vollzogen worden, als das schon zu Beginn des Jahrhunderts der Fall war. Dies nicht allein im Lager des (angeblich) demokratischen, das heißt verbürgerlichten Sozialismus, der dafür die Quittung auch überall ausgestellt bekommt, sondern noch ausgesprochener im kommunistischen oder sonst radikal-sozialistisch gebliebenen Lager. Ein Beispiel – und bei weitem nicht das schlimmste – aus jüngster Zeit. Im Münchener «Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus» (Nr. 11) schreibt der (nichtkommunistische) Herausgeber, Arno Peters, das Christentum werde sich zwar schließlich mit den neuen (sozialistischen) Kräften abfinden, deren Durchbruch es nicht verhindern konnte. «Aber», so fährt er fort, «es wäre ganz falsch, wenn der Sozialismus seinerseits der Religion entgegenkommen wollte . . . Christentum und Kapitalismus sind geschichtlich so eng aneinander gebunden, daß sie gemeinsam bekämpft und besiegt werden müssen . . . Ich würde es für ein Unglück halten, wenn der Sozialismus nicht mit dem Siege über den Kapitalismus auch das Christentum endgültig beseitigte.» Das Christentum habe sich «vor der Weltgeschichte endgültig selbst

gerichtet». Christen seien in der sozialistischen Bewegung nur so lange willkommen, als sie «nicht versuchen, christliche Konterbande in die sozialistische Gesellschaft einzuschmuggeln». Scharf wendet sich Peters gegen eine Gesellschaft, die heute «diesen organisierten Volksbetrug» zulasse, den die Verkündigung der christlichen Botschaft darstelle. Der Sozialismus könne also die Christen nicht brauchen: Jeder Schritt zum Christentum hin sei «ein Schritt zurück in eine traurige Vergangenheit». Und so weiter.

Ich stelle dem – ebenfalls auszugsweise – einfach gegenüber, was Ragaz in dem erwähnten Aufsatz sagt: «In der sozialen Not wird uns die tiefste Not unserer Zeit deutlich, und das ist die religiöse Not. Diese soziale Not hätte in diesem Umfang nicht entstehen können, wenn nicht unser Leben im Zentrum in Verwirrung geraten und von der Wahrheit abgekommen wäre. Diese unerhörte Herrschaft des Mammonismus und Egoismus, wie sie in der sogenannten kapitalistischen Entwicklung der Gesellschaftsordnung sich darstellt, dieses riesengroße Elend neben riesengroßer Kulturüppigkeit, dieses Auseinandergehen der Gesellschaft in zwei Klassen, deren Zorn und Haß gegeneinander fortwährend steigt, diese Erschütterung, Zersetzung und Vergiftung aller sittlichen Lebensgrundlagen, die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit großer Katastrophen – sie wären nicht möglich, wenn nicht ein großer Abfall von Gott stattgefunden hätte. Die soziale Not ist das Gericht über unsere Kultur, das Gericht, das von dem Gott herkommt, der Heiligkeit und Liebe ist; diese soziale Not klagt uns an, daß wir zwar viel von Gott reden, aber in Wirklichkeit unser Leben auf die Gottlosigkeit gegründet haben.» Wobei hinzugefügt werden darf, daß die soziale Not von heute uns besonders auch in Gestalt der Ausbeutung und Verelendung der sogenannten unterentwickelten Völker auf der Seele brennt und zur Anklage wird.

Die soziale Not – das ist die Folgerung, die sich aus diesem Sachverhalt ergibt – muß also vom religiös erleuchteten Gewissen aus angepackt werden; sie fordert uns gerade als Christen heraus. Ragaz betont darum aufs stärkste, daß wir «die soziale Erlösung letztlich vom Kommen des Gottesreiches erwarten» – nicht im Jenseits also, wie nochmals gesagt sei, sondern auf d i e s e r Daseinsebene. «Wir bedürfen a l l e r Kräfte des Gottesreiches, wenn die soziale Erlösung wirklich zustande kommen soll. Wir wissen genau, daß eine Ordnung der Gesellschaft im Sinn eines idealen Sozialismus nur möglich ist, wenn wir neue Menschen bekommen, Menschen, die ihre Arbeit als Gottesdienst auffassen und darum als einen Dienst an den Menschen, die darin Freude finden, mit größter Liebe und Treue dabei sind und das Opfer bringen können. Nicht Engel müssen sie sein, sie dürfen Sünder bleiben, aber es ist gewiß, daß nur in dem Maße, als dieser Geist in der Menschenwelt wirkt, eine neue Gesellschaft möglich wird. Ohne ihn wär's nachher schlimmer als zuvor.» Eine religiöse Erweckung und Wiedergeburt ist darum, wie Ragaz auch

später immer wieder klarstellte, gerade für die soziale und sozialistische Bewegung die entscheidende Hilfe. «Die soziale Bewegung kommt ohne sie nicht weiter. Das fangen immer mehr tiefer Denkende zu verstehen an. Die in den Verhältnissen und in den Menschen bestehenden Widerstände sind zu groß für die rein politischen und sozialen Waffen.» Das meint auch Arnold Toynbee, wenn er (in «Marxism, Socialism and Christianity», Sonderabdruck aus seinem großen Geschichtswerk, Verlag der Oxford University Preß) schreibt: «Die Brüderschaft der Menschen ist für den Menschen unmöglich auf andere Art zu erreichen, als daß er sich zum Bürger des Gottesstaats macht, der über die menschliche Welt hinausführt und Gott selbst zum König hat. Und ein jeder, der diesen Glauben hat, wird von vornherein sicher sein, daß der marxistische Ausschnitt aus einem christlichen Sozialismus ein Versuch ist, der zum Mißerfolg verurteilt ist, weil er sich der Hilfe der geistigen Macht beraubt hat, die allein den Sozialismus zum Erfolg führen kann.»

Das ist heute deutlicher als je. Die Verbindung von Christentum – oder sagen wir besser: Botschaft der Bibel – und Sozialismus ist darum keine willkürliche Zusammenkoppelung zweier Dinge, die sich angeblich vertragen wie Feuer und Wasser; sie ist eine der greifbarsten geschichtlichen Tatsachen in dem Sinne, daß all das, was Sozialismus heißt und beinhaltet – Gerechtigkeit, Menschenwürde, Fürsorge für die Armen und Schwachen, Freiheit von Knechtung und Ausbeutung, Gleichheit, gegenseitige Hilfe – je und je zu den zentralen Anliegen der von Jesus in die Welt gebrachten Bewegung und ihrer Vorbereitung im Judentum gehörte. Nicht, daß seine geistigen und sittlichen Quellen n u r im Religiösen lägen; aber hier sprudeln sie am lautersten und kräftigsten, und hiervon nähren sich durch tausend Kanäle auch die scheinbar rein weltlich-materialistisch ausgerichteten Bewegungen sozialer Reform und Revolution, so wenig sie sich dessen bewußt sein mögen. Von der mosaischen Gesetzgebung und den israelitischen Propheten über Jesus, das Urchristentum und die Kirchenväter hin zu den sozialreligiösen Reformbewegungen des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit – Gottesfreunde und Lollarden, dann Franziskus und Savonarola, Wicleff und Hus, Täufer, Bauernerhebungen, usf. – und weiter zur Sklavenbefreiung, zu Tolstoj, zu den christlich-sozialen Reformern, zu gewissen Bewegungen der farbigen Rassen, zur Verkündigung eines Blumhardt, eines Kutter, eines Ragaz, eines Paul Passy oder Emil Fuchs – überall war da die Verbindung des Religiösen mit dem Sozialen eng, entscheidend und ganz bewußt. Und im Anarchismus und Syndikalismus, im Marxismus und russischen Kommunismus, wo die Verbindung erbittert geleugnet wird, besteht sie eben doch unbewußt und wirkt als mächtige, völlig unentbehrliche Triebkraft mindestens im Arbeiter- und Bauernvolk, wenn schon nicht bei den «aufgeklärten» Führern und Intellektuellen. Die ganze soziale Reformbewegung und der revolutionäre Sozialismus des 19. und 20. Jahr-

hunderts sind einfach undenkbar ohne den Hintergrund und die Quellkräfte der biblischen Botschaft; sie leben und zehren davon bis auf den heutigen Tag, oft ohne es zu wissen, und würden sich selber zum Absterben verurteilen, wenn es ihnen gelänge, mit dem Kapitalismus «auch das Christentum endgültig zu beseitigen» – als ob das überhaupt möglich wäre! Nicht Abkehr, sondern neue Hinwendung zum Christentum (in dem für uns immer auch das Judentum eingeschlossen ist) – das ist's, was der Sozialismus und Kommunismus braucht, um zu siegen.

Wir meinen das nicht in einem engen, dogmatischen Sinn. Das Wiedereinströmen religiöser Kräfte in den Sozialismus wird wohl ein langsamer, meist unmerklicher Vorgang sein, der sich in den verschiedenen Ländern verschieden vollziehen wird. Inzwischen müssen wir mit den Marxisten und Kommunisten Geduld haben – nicht nur mit ihrem Atheismus, sondern auch und besonders mit ihren Kampfmethoden und ihrer Gewaltpraxis. Es ist ja die sich christlich heißende Welt selbst, die sie – wie das hier schon so oft gesagt wurde – auf ihren heutigen Weg geführt hat, weil sie die Botschaft der Bibel für die Revolutionierung der menschlichen Gemeinschaftsordnungen so vielfach verkannt, verleugnet und in ihr Gegenteil verkehrt hat. Die auch nur einigermaßen Sachkundigen unter den Marxisten sollten zwar den Unterschied zwischen der Verkündigung Jesu und ihrem Mißbrauch durch die Kirchen kennen und daran denken, daß auch die Sünden und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen worden sind und weiter begangen werden, sein Recht und seine Wahrheit nicht auszulöschen vermögen. Aber wer will es den Volksscharen, die das Christentum so weithin nur in furchtbarer Verzerrung und Verfälschung kennengelernt haben, im Ernst verargen, wenn sie den christlichen Weg überhaupt verwerfen und das Heil in einer materialistischen Ersatzreligion und einer politischen Gewaltpraxis suchen? Für die Christen bleibt da nur eines übrig: Zeugnis für die echte Revolution, die «Revolution Christi», abzulegen. So wird, um noch einmal Professor Toynbee anzuführen, der Kampf des Marxismus gegen das Christentum «zu einem Aufruf an das lebende Geschlecht von Christen, ihr Gewissen zu erforschen und sich aufs neue einem wesenhaft christlichen Tun hinzugeben, das sie in jüngster Zeit so vernachlässigt, ja preisgegeben haben . . . Dann mag sich als Urteilsspruch der Geschichte die Feststellung erweisen, daß eine Wiedererweckung des sozialen Gewissens der Christen die positiv-praktische Hauptleistung von Karl Marx gewesen ist.»

8. Dezember *Hugo Kramer*